

Die sogenannte Kohäsionsmilliarde an die EU gibt auch innerhalb der Linken zu reden.

Ein Akt der Solidarität

Derzeit berät das Parlament über einen zweiten Entwicklungsbeitrag an ausgewählte EU-Staaten. 1,3 Milliarden Franken, von denen der grösste Teil in Länder mit autoritären Regimes fliesst? Die Autoren sehen die zweite „Kohäsionsmilliarde“ als Unterstützung der sozial Schwachen.

2006, unmittelbar nach der EU-Osterweiterung, haben die Schweizer Stimmberechtigten dem sogenannten Erweiterungsbeitrag zugestimmt: 1 Milliarde Franken auf 10 Jahre zur Verringerung des sozialen Gefälles zwischen West- und Osteuropa. Jetzt steht eine zweite Zahlung von 1.3 Milliarden Franken zur Debatte. Die SVP ist sowieso dagegen. Einige Linke begründen ihr Nein mit den politischen Entwicklungen in den ostromittel- und osteuropäischen Ländern. Es darf doch nicht sein, sagen sie, dass die Schweiz mit viel Geld Regierungen wie die polnische oder die ungarische unterstützt, welche Menschenrechte und demokratische Grundregeln mit Füßen treten.

Nur lupenreine Demokratien?

Auch die Gewerkschaften sind besorgt über diese Entwicklungen. Mit dem zweiten Beitrag sollen in diesen Ländern jedoch die Zivilgesellschaft und die sozial benachteiligten Schichten der Gesellschaft unterstützt werden - und nicht die fragwürdigen Regierungen. Ginge es nach der Logik der radikalen Linken, wäre die Schweiz gezwungen, drei Viertel ihrer Entwicklungszusammenarbeit weltweit zusammenzustricken. Denn diese fliesst keineswegs nur in „lupenreine Demokratien“.

Unsere Haltung ist klar. Die Schweiz profitiert dank den bilateralen Verträgen vom EU-Binnenmarkt. Deshalb soll sie weiterhin zum Abbau der Ungleichheit beitragen. Die Erfahrungen mit der ersten „Kohäsionsmilliarde“ sind insgesamt positiv. Der zweite Beitrag sollte aber thematisch und geografisch noch besser fokussiert sein. Die Projekte müssen zu einer Verringerung des sozialen Gefälles beitragen; sie sollen die Zivilgesellschaft stärken und nicht den Autoritarismus. Die neuen Schwerpunkte „Migration“ und „Berufsbildung“ können wirksam dazu beitragen. Der SGB begrüsst beispielsweise, dass Griechenland, das von Migration besonders betroffen ist, 200 Millionen Franken - einen Sechstel der Gesamtsumme - erhält. Dieser Beitrag muss jedoch für den Schutz und die Integration der Aufgenommenen reserviert sein.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den zentral- und südosteuropäischen Ländern verläuft in unterschiedlichem Tempo. Polen und Ungarn, die von der ersten Zahlung viel bekommen haben, werden vom zweiten Beitrag weniger erhalten. Ein wesentlich höherer Anteil geht dagegen an wirtschaftlich weniger entwickelte Länder wie Rumänien und Bulgarien. Aber auch in Polen und Ungarn leben immer noch viele unter dem Existenzminimum. Namentlich Minderheiten - die Roma, aber auch Ältere, Menschen mit Behinderung, Migrantinnen - haben keinen oder nur eingeschränkten Zugang zum Service public. Deshalb ist es gut, dass die Schweiz mindestens die Hälfte der für grössere Länder vorgesehenen Mittel für deren weniger entwickelte und abgelegene Regionen reserviert. Damit man mit dem Geld eine Kanalisation baut oder eine Trinkwasserversorgung. Oder soziale Projekte in Betreuung und Integration finanziert. Zugegeben: Die Flüchtlingsthematik wird derzeit in vielen Ländern auf populistische Weise missbraucht. Trotzdem ist es nicht falsch, seitens der Schweiz auch mit diesen Staaten weiterhin den Dialog für eine menschliche Asyl- und Flüchtlingspolitik zu führen. Denn trotz abstossender Rhetorik auf nationaler Ebene besteht lokal ein grosser Unterstützungsbedarf (etwa in polnischen Städten; die eine fortschrittliche Integrationspolitik umsetzen).

Positive Signale senden

Umstritten ist bei der zweiten „Kohäsionsmilliarde“ auch die Frage, ob die Schweiz die Zahlung von der Haltung der EU zum Rahmenabkommen abhängig machen soll. Wenn die Schweiz, wie von den Gewerkschaften gefordert, das Rahmenabkommen in der jetzigen Form nicht gutheisst und auf weitere Verhandlungen pocht, ist es umso wichtiger, der EU positive Signale zu senden: mit einem Ja zum zweiten Beitrag, mit einem Nein zum Waffengesetz Mitte Jahr und mit einem Nein zur SVP-Begrenzungsinitiative 2020 oder 2021.

Vasco Pedrina.

VPOD-Magazin, 1.3.2019.

Personen > Pedrina Vasco. Osthilfe. VPOD-Magazin, 2019-03-01